

# Der Mahnruf

Erscheint wöchentlich

Vierteljahrsabonnement S 1.40

Erscheint wöchentlich

Verwaltung und Redaktion: Elisabethnergasse Nr. 20. — Sprachstunden von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 6 bis 7 Uhr abends.

Nummer 34

Graz, Oktober 1927

1. Jahrgang

## Eine Politik, die den Heimwehren nützt und die Reaktion großzüchtet.

Für Sonntag, den 25., Nachmittag haben die Heimwehrführer eine Kundgebung nach Bad Aussee einberufen. Die Arbeiter von Bad Aussee und Umgebung forderten eine Gegenaktion, um den frechen Vordringen der Reaktion Einhalt zu bieten. Die Arbeiter waren zur Gegenkundgebung entschlossen. Im letzten Moment wurde aber die bereits angefragte antifaschistische Kundgebung der Arbeiter gegen die Heimwehren von der S. P. Führerschaft abgebrochen. Die Heimwehren marschierten auf und die Heimwehrführer Priemer, Rauter, Krailer, Färlich und Donavizer konnten ungehindert ihre Geh- und Brandreden gegen die Arbeiterschaft halten. Ihr Machtbewußtsein war umso größer, als sie die abgefragte Gegenkundgebung für einen Akt der Feigheit und Angst buchten konnten.

Der „Arbeiterwille“ will das Zurückweichen der S. P. Führerschaft vertuschen und schreibt, daß eine Gegenkundgebung geplant war, was aber nicht den Tatsachen entspricht. Bei dieser Gelegenheit erfährt die Arbeiterschaft eine andere Ungeheuerlichkeit.

### Ein Pakt zwischen sozialdem. Parteiführern und Heimwehr.

Der „Arbeiterwille“ vom 27. September, Seite 8 schreibt wörtlich:

„Eine Versammlung der Sozialdemokraten zur gleichen Stunde war überhaupt nicht beabsichtigt, sondern es wurde lediglich der Neuperorator, das größte Lokal in Bad Aussee, den Heimwehren von den Sozialdemokraten vor der Nase weggeschmuggelt.“

### Der Schwindel mit den Altersrenten.

Der erste Betrug an den Alten war die Gesetzgebung der Altersversicherung, ohne dieselbe in Kraft treten zu lassen. Eine Altersversicherung besteht also nicht. Darauf folgte das Inkrafttreten der Altersrente nur für die über 60 Jahre alten Arbeitslosen. Und nun ist der dritte Betrug an der Tagesordnung. Es bekommen nur jene Arbeitslose über 60 Jahre die Rente, die im Bezug der Notstands-aushilfe nach dem 1. Oktober 1927 standen. Die bereits Ausgesteuerten — es sind dies in Graz zirka 600 — müssen weiter mit der 15 Schilling- oder 20 Schilling-Rente monatlich verhungern. Es gibt nun drei Kategorien von alten Proletariern:

1. Die Alten, die noch keine Altersrente haben, wie die im Betrieb Stehenden und die arbeitslosen Alten, die nicht unterstützungsberechtigt waren.

2. Die 40—50 Schilling-Rentner, das sind die über 60 Jahre alten Arbeitslosen, die am 1. Oktober 1927 im Bezug der Notstandsaushilfe standen.

um ihnen ein Schnippchen zu schlagen dafür, daß die Macher des Heimatschutzes, die in den Fünftagen mit den Vertrauensmännern der sozialdem. Partei auf der Eggstair der Arbeiterhauptausschüsse in Bad Aussee den ehrenwörtlichen Pakt schlossen, in Aussee weder eine Heimwehr noch einen Republikantischen Schutzbund zu gründen, diesen Pakt in schmählicher Weise brachen.“

Als eine Friedensabmachung zwischen sozialdemokratischen Parteiführern und Heimwehrmachern. Der Unterschied ist allerdings der, daß die Heimwehrführer diese Abmachung als eine Kriegslist im Kampf gegen den Feind gebrauchten, der lahm gelegt werden sollte und sich auch dank der sozialdem. Parteiführung Abertausende ließ. Im großen Bauernkrieg machten es die Fürsten mit den Bauern so. Sie schlossen einen Waffenstillstand, um die Bauern einzulullen und dann haben sie die Bauern überfallen und beseitigt.

Die sozialdem. Parteiführung, die auf ähnliche Weise den Kampf gegen den Faschismus ausweichen will, schafft mit diesen Methoden ebenso die Grundlagen zum Erlernen des Faschismus. Gewollt oder ungewollt züchtet sie die faschistischen Elemente.

Das ständige Zurückweichen vor der Reaktion demoralisiert die Arbeiter. Nur entschiedene Kampfmaßnahmen gegen jede faschistische Regung, kann dem reaktionären Gefindel das Lebenslicht ausblasen.

3. Die 15—20 Schilling-Pfändner, denen die Arbeitslosenunterstützung schon vor 1. Oktober wegen „Arbeitsunfähigkeit“ genommen wurde, wobei allerdings die „Arbeitsunfähigkeit“ vielen dekrediert wurde, um ihnen die Unterstützung zu rauben.

Was mit dieser Dreiteilung bezweckt werden soll, ist nichts anderes als Zerspaltung der Front der Alten. Die Bourgeoisie, die Regierung kalkuliert: wenn die Einen gar nichts haben, die Anderen einen Fingerhut voll und die Dritten zum Verhungern etwas zu vor, und zum Leben zu wenig, dann kommen diese Teile kaum zu einem gemeinsamen Kampf zusammen. Sie sollen sich täuschen!

Die alten Arbeiter werden sich nicht künstlich scheiden lassen. Wenn der Appell an sie ergeht für eine Verbesserung ihrer Lage zu kämpfen, werden und müssen sie geeint marschieren. Warum schweigt nur die sozialdem. Partei über dieses Manöver? War sie auch im Generalstab, der dieses Manöver beschlossen hat?

Freunde des „Mahnrufes“ spendet Breßfond!

## Auch die Gemeinde Graz auf einem Raubzug gegen die Arbeitslosen.

Die Gemeinde Graz wird den arbeitslosen Untermietern (nicht den Hauptmietern) den Mietzinszuschuß um 2 Schill. monatlich kürzen. Die Sitzung, in der dies beschlossen wurde, soll, wie wir erfahren, unter dem Vorsitze Lindner (S. P.) stattgefunden haben. Das ist schändlich. Wissen die Herren Gemeinderäte, wissen die Sozialdemokraten nicht, daß die Untermieter ohnehin unter der Mietenlast zusammenbrechen? Auf diese Weise will sich die Gemeinde Graz, in der die Sozialdemokraten am stärksten vertreten sind, bei den Arbeitslosen monatlich zirka 6000 Schill. ersparen. Die Arbeitslosen werden bei den nächsten Gemeindewahlen sich an diesen gemeinsamen Raubzug der Bürgerlichen und der Sozialdemokraten zurückerinnern.

### Auch eine Lehre des 15. Juli.

Wie bei der Wiener und Grazer Polizei, so wurde auch bei der Gendarmerie die Personalvertretung aufgelöst. Die sozialdem. Führer klagen die Bürgerlichen an, einen unerlässlichen Rechtsbruch begangen zu haben. In der Tat ist es auch so. Haben aber die sozialdem. Parteiführer die große Lehre Raffals, daß das Recht von den Machtverhältnissen abstammt, vergessen? Die Macht entscheidet und diese ist in den Händen der Bürgerlichen, weil sie nicht in den Händen des Proletariates liegt. Wie diese Macht erobern? Durch Wahlorganisationen und Stimmgettel? Nein! Durch Kampforganisationen und Waffen!

## Der offene Rechtsturz der Sozialdemokratie.

„Man gab die Waffen preis, erschütterte damit Selbstvertrauen und Kampfsgeist des Schutzbundes und gleichzeitig lieferte man sich politisch dem Gegner aus. Jetzt war der Reaktion der Weg gewiesen, wie sie der Machtstellung der Arbeiter ohne eigene Gefahr und eigenes Risiko bekommen könne. Sie ließ sich dazu auch trotz unferes Wahlsieges — nicht irre machen.“

(Aus dem Flugblatt der sozialdem. Opposition zu den Juliereignissen)

Diese Worte der sozialdem. Opposition treffen den Nagel auf den Kopf, sie sind auch das erste Zeichen, daß sich die sozialdem. Arbeiter gegen die kleinbürgerliche Politik ihrer Partei auflehnen und den entschlossenen Kampf gegen die Reaktion fordern.

„Genossen! Als ob nichts geschehen wäre, setzt die Leitung der Partei auch nach dem blutigen Freitag ihre verhängnisvolle Geheimdiplomatie und Vertuschungstaktik fort. Ja, ihr verdächtigtes Schweigen über die Wehrhaftigkeit und die Zukunft des Schutzbundes erweckt den Anschein, als ob sie glaubte, mit einer Vertuschung und Verwässerung des Parteiprogrammes durch eine

Schwendung nach rechts, also ein weiteres Zurückweichen, die Folgen der Niederlage abzuwehren zu können.“

(Aus eben demselben Flugblatt der Opposition)

Die sozialdem. Opposition irrt, wenn sie in der „Verwässerung des Parteiprogramms“ ein noch weiteres Zurückweichen der Parteileitung erblickt. Das Linzer Programm, der Austromarxismus, hat am 15. Juli seinen Bankrott erlitten. Renner, der alte Reformist, der nie an die Kraft der Arbeiter, an den Sieg des Sozialismus glaubte, er hat gesiegt!

Noch im Linzer Programm schwor die Sozialdemokratie feierlich: Wenn die Reaktion zu den Waffen greift, werden wir (die Sozialdemokratie) die Demokratie mit den Waffen verteidigen! Am 19. Mai lieferte die Sozialdemokratie die Waffen der Regierung aus, am 15. Juli greift die Reaktion mit bewaffneter Gewalt die Grundrechte des Proletariats an und siegt. Die Bourgeoisie verbessert ihre Position für die **unvermeidlich kommende Entscheidungsschlacht**.

Die Sozialdemokratie kapituliert vor der Reaktion, der Austromarxismus versagt, erwies sich als unfähig, die demokratischen Rechte der Arbeiterklasse zu verteidigen. Am 7. September veröffentlicht die „Arbeiter-Zeitung“ den Aufruf des Parteivorstandes, in dem es heißt:

„Wir wissen, daß die Befreiung des werktätigen Volkes von dem Drude des kapitalistisch-kerikalen Regimes der Reaktion nur mit den Mitteln der Demokratie, durch die Gewinnung der Mehrheit des Volkes erringen können.“

Also auch dann, wenn die Bourgeoisie den „demokratischen“ Kampfboden verläßt, zur offenen Gewalt, zur offenen kapitalistischen Diktatur greift, auch dann wird die S. P. nur mit demokratischen Mitteln kämpfen. Das heißt praktisch: **die Arbeiterklasse wird und kann niemals siegen**. Die Führer der S. P. wollen Versöhnung mit dem Kapitalismus, Zusammenarbeit für einen vernünftigen Kapitalismus.

Deshalb wirft die Sozialdemokratie das Linzer Programm über Bord, wo es heißt: solange mit demokratischen Mitteln, als die Bourgeoisie „auf dem Boden der Demokratie“ kämpft, mit Gewalt, wenn die Bourgeoisie „den Boden der Demokratie“ verläßt. Deshalb schwört die S. P. ab von der Phrase der „Machteroberung“ und wird **nur** mit demokratischen Mitteln gegen die Reaktion kämpfen.

Je schärfer die Angriffe der Reaktion werden, desto mehr nach rechts geht die S. P. Für das Proletariat bedeutet die sozialdem. Politik Verzicht auf seine Interessen, Verzicht auf den Sozialismus. **Die S. P. ist nicht mehr die Klassenpartei des Proletariats.**

**Welche Klasseninteressen vertritt die Sozialdem. Partei?**

Die sozialdem. Partei ist das Bündnis zweier Klassen, das Bündnis des radikalen Kleinbürgertums in Stadt und Land und dem Proletariat. In diesem Bündnis hat das Kleinbürgertum die uneingeschränkte Führung.

Da das Kleinbürgertum die Führung besitzt, das Proletariat nur die Reserve des Kleinbürgertums darstellt, richtet sich die Politik der S. P. nicht nach proletarischen Interessen, sondern den **entscheidenden** Fragen nach kleinbürgerlichen Interessen.

„Und dort, wo die kleinbürgerlichen Interessen mit proletarischen Interessen zusammenstoßen (Mieterschutz), vertritt die S. P. proletarische Interessen. In ausgesprochen proletarischen Fragen, z. B. in der Lohnfrage, Arbeitslosenfrage, vertritt die S. P. nur soweit proletarische Interessen, als die kleinbürgerlichen Interessen es zulassen.“

Die S. P. ist die Partei des radikalen Kleinbürgertums. Die Arbeiterklasse befindet sich im Schlepptau dieser kleinbürgerlichen Volkspartei, sie muß sich,

und das ist die wichtigste Lehre des 15. Juli, eine eigene Partei, die **Klassenpartei des Proletariats**, schaffen.

**Was ist eine proletarische Klassenpartei?**

Es herrscht im Proletariat der irtümliche Glaube, die S. P. sei Arbeiterpartei, weil ihre Mitgliedschaft in der Mehrheit proletarisch ist. Auch das Zentrum in Deutschland hat in ihrer Mehrheit proletarische Mitglieder und doch ist sie die Partei der röm.-kathol. Kirche, der Rheinindustriellen. Die Grundsätze und Politik der Partei machen ihren Charakter aus. Eine proletarische Klassenpartei kann nur eine Partei sein, die sich **resslos** auf die Klasseninteressen des Proletariats einstellt, kann nur sein:

**die kommunistische Partei.**

Die kommunistische Partei Österreichs ist zwar ihren Prinzipien nach eine proletarische Partei, ihre Politik und Taktik ist anarcho-kommunistisch, das ist eine den Klasseninteressen des Proletariats fremde Phrasologie und eine die Klassenkräfte völlig außerachtlassende, unverantwortliche, in jeder Lage, ohne daß die Voraussetzungen gegeben wären, auf die unmittelbare Machtergreifung gerichtete Taktik. Der Anarcho-kommunismus ist die Phrasologie einer Sekte, die unfähig ist, die Klasseninteressen des Proletariats zu erkennen und dem Proletariat in jeder Lage den revolutionären Weg zu weisen. Anarcho-kommunismus und Kommunismus stehen zueinander im Gegensatz wie Feuer und Wasser.

„In den Zutiereignissen war der Anarcho-kommunismus durch seine unverantwortliche Lösung „Kampf um die Macht“ das größte Hindernis des revolutionären Kampfes gegen die Reaktion. Diese unverantwortliche Taktik der R. P. ermöglichte es den sozialdem. Führern, ihre Kapitulation zu maskieren, indem sie darauf hinwiesen, man mußte „ausweichen“, man konnte nicht um die Macht kämpfen. Der Anarcho-kommunismus hat sich als das größte Hindernis der revolutionären Entwicklung erwiesen.“

Die Klasseninteressen des österreichischen Proletariats, die kommunistische Politik und Taktik werden

**Kommunistischen Partei (Opposition)**

vertreten. Mit Lenins Lehren hat die R. P. (Opposition) in den Zuständen dem österreichischen Proletariat den einzig möglichen und revolutionären Weg gewiesen:

„Nicht Kampf um die Macht, sondern Verteidigung der Demokratie, Verbesserung der Lebenslage des Proletariats, Entwaffnung der Konterrevolution, Kommunalisierung der Polizei, Bewaffnung der Arbeiterklasse zum Schutze der demokratischen Republik, als den besten Kampfboden für die proletarische Republik den Rätestaat, zum Schutze der proletarischen Erzeugnisse.“

Die Konterrevolution rüstet zum neuen Vorstoß, bereitet die Entscheidungsschlacht vor. Die Nachjustiz, die Zolloffensive, der Raub an den alten Arbeitslosen, die moderne Ausrüstung der Polizei mit Panzerautos usw. trifft das Proletariat in einer völlig fährungslosen Lage. Das Kleinbürgertum duckt sich und die S. P. weicht zurück, überläßt der Bourgeoisie Kampflos das Feld. Das Proletariat muß handeln. Die wichtigste Tat ist die Schaffung einer proletarischen Führung, der proletarischen Klassenpartei, der **Kommunistischen Partei (Opposition)**.

(Karl Daniel, Wien.)

**Aus dem Hollandschutz.**

Ein Posten nach dem andern wird versteuert. Eier, Butter, Fische usw. Daß die Teuerungsmaschinerie so geschmiert läuft, zeugt von keinem großen Widerstand der S. P. Keine aktive Abwehr, nur Worte!

**Sie zeigen Ihre Macht.**

Die „Arbeiter-Zeitung“ triumphiert: 7.500 neue Parteimitglieder seit dem 15. Juli, 4000 im Wiener-Neufelder-Gebiet, 10.000 Austritte aus der katholischen Kirche! Wir marschieren. „Die Bürgerlichen mögen alle Hoffnung fahren lassen. Die Berichte über die Mitgliederbewegung auch in Niederösterreich beweisen es wieder: die österreichische Arbeiterklasse und ihre Partei ist unbesiegt.“ („A. Z.“ vom 11. September 1927).

\*\*\*

Die Polizei wird reorganisiert. Panzerwagen sind eingeführt. Überfallkommandos aus Haberlosen, jungen Leuten werden gebildet. Zulagen werden freigeigig ausgeteilt. Silbermedaillen an groß verliehen. Die freie Gewerkschaft der Holzisten wurde mittels Terror zerschlagen. Die Verhaftungsmaschinerie arbeitet. Die Rabener sind die Stützen der Gesellschaft geworden. Ein leiser Hauch von anziehenden weißen Terror geht durch Wien.

\*\*\*

Schade, daß die Bourgeoisie vor Zahlen gar keinen Respekt hat. Welche Angst mußte sie sonst vor dem Mitgliederzuwachs der S. P. bekommen! Noch mehr schade, daß Mitgliedsbücher der S. P. weder vor Geschossen schätzen noch Panzerautos vernichten. Wie einfach wäre es dann die „Demokratie“ zu schätzen und „die Reaktion niederzuhalten“!

**Kommunistische Wählerfolge in Deutschland.**

In den Kommunalwahlen von Altona 12 Sitze, früher 11. In Wandbeck die Anzahl der Sitze (6) behalten, in Garburg-Wilhelmsburg um 25 Prozent mehr als im Jahre 1924. Der Einfluß der R. P. D. ist seit der Ausschaltung des ultralinken Kurzes im Steigen.

**Wie kämpfen gegen die Arbeitslosigkeit?**

Von Josef Frey.

Für die Bourgeoisie ist die Einheitsfront die größte Gefahr, denn sie gefährdet den ganzen Kapitalismus.

Das radikale Kleinbürgertum, das seinen politischen Ausdruck in der Sozialdemokratie findet und es versteht, die großen Massen der Arbeiter noch immer hinter sich im Schlepptau zu ziehen, kann diese Kampfeinheitsfront ernstlich nicht wollen. Denn da sie den Kapitalismus gefährdet, würde sie auch den „vernünftigen“ Kapitalismus gefährden, den die radikalen Kleinbürger ebenso heiß als vergeblich ersehnen und durch ihre Reformen ebenso vergeblich herauszubestimmern versuchen. Ihr Klasseninteresse zwingt die radikalen Kleinbürger, sich die Gefolgschaft der Arbeitermassen zu erhalten (denn ohne diese Gefolgschaft sind sie politisch nichts) und aus diesem kleinbürgerlichen Klasseninteresse heraus muß die Partei des radikalen Kleinbürgertums, die Sozialdemokratie, diese Einheitsfront bis zu einer gewissen bescheidenen Grenze durchzuführen sich bemühen. Nämlich gerade so weit, daß eine Arbeitslosenunterstützung in „vernünftigen“ Grenzen bestehen bleibt und daß die Arbeitslosenzahl sich innerhalb „vernünftiger“ Grenzen bewege. In dem Kampf, den die radikalen Kleinbürger da gegen die Großbürger führen, verfechten sie die „Vernunft“, die den Großbürgern zurecht: Schlachtet nicht die Henne, die euch die Eier legt, sonst gefährdet ihr das ganze kapitalistische System, auf dem wir beide stehen, ihr die Großbürger und wir die radikalen Kleinbürger. Denn wie unsere Worte auch immer lauten (sie müssen so lauten, daß wir uns die Gefolgschaft der Arbeiter möglichst erhalten) praktisch kämpfen wir nicht gegen den Kapitalismus, sondern nur gegen den „unvernünftigen“ Kapitalismus, der die Arbeiter zur Revolution treibt.

Die Einheitsfront der Arbeitslosen und Betriebsarbeiter wirklich herstellen, das können nur wollen und wollen ernstlich nur und müssen wollen die

proletarische Revolutionäre. Aber auch sie müssen wissen, daß dazu der gute Wille nicht genügt und auch nicht das bloße Zureden, das bloße Propagieren der Einheitsfrontidee, sondern daß darüber hinaus dazu nötig ist: die ganze Taktik so zu stellen, daß sowohl die Arbeitslosen als auch die Beschäftigten alle aus ihren ureigensten, unmittelbarsten Mangel-, Existenz- und Lebensinteressen heraus zur Kampfeinheitsfront mobilisiert, geführt werden.

(Fortsetzung folgt.)

## Der Rußlandbericht des „Arbeiterwille“.

In der Nummer 33 des „Wahrheitsruf“ haben wir unsere Leser schon darauf aufmerksam gemacht, daß der Artikel des „Arbeiterwille“ „3 Wochen in Moskau“ vom Berliner „Vorwärts“ übernommen wurde, und daß dieses dunkle Blatt der 2. Internationale den Bericht des Sozialdemokraten Dr. Friedländer über Rußland entstellte. Heute sind wir in der Lage durch die Berliner „Rote Fahne“ zu erfahren, wie und was dieser S. P. Mann Friedländer, der 3 Wochen in Moskau war, vor Arbeitern berichtet. Er sprach am 21. September im Stadttheater Köpenick vor 200 S. P. Arbeitern. Eingangs beschwerte er sich über die unrichtige Verichterstattung des „Vorwärts“ und führte dann u. a. aus:

„So trostlos die Fahrt durch Polen war, das überall einen unordentlichen und verwahrlosten Eindruck auf mich machte, um so angenehmer änderte sich das Bild beim Passieren der russischen Grenze. Der Zug durchfuhr ein großes hölzernes Tor, auf dem in großen russischen Lettern stand: „**Proletarier aller Länder vereinigt euch!**“ Es war für mich als Sozialdemokrat ein Eindruck, der sich nicht auslösen läßt und einen Kontakt sogleich zu dem Lande herstellte, dessen Gastfreundschaft ich jetzt genießen sollte. Wir bestiegen jetzt russische Wagen, sie waren sauber und bequem; ein Notgardist, lebenswürdig und zuvorkommend, kontrollierte die Pässe, seine Uniform in besserer Ordnung. Wir gehen in den Speisewagen, in Tassen wird uns Brähe gereicht, auf der Tasse eine Fabrikmarke, „Hammer und Sichel.“ Auf dem Teller eine Fabrikmarke, „Hammer und Sichel.“ Die Bestecke tragen eine Fabrikmarke, „Hammer und Sichel.“ Kurzum, jedes Ding, das man in die Hand nimmt, trägt die Fabrikmarke „Hammer und Sichel“, dieses als äußeres Zeichen, daß all diese Gegenstände in sozialisierten Betrieben hergestellt sind. Das bringt einen Sozialdemokraten in ein ganz anderes Verhältnis zu diesen Dingen, als hantierte man in irgendeinem anderen Lande mit ähnlichen Gegenständen. Jeder tote Gegenstand ruft einem hier zu: „Für dich, Volksgenosse, wurde ich von deinen Brüdern geschaffen.“

In Smolensk, im Gepäckraum, grüßen Bilder von der Wand, Köpfe, zu denen die Arbeiter der ganzen Welt mit Vertrauen blickt, und siehe da, es sind genau dieselben Köpfe, die in Berlin in der Abteilung Ia ebenfalls von der Wand blicken, jedoch als Verfeindete.

In Moskau geht's mit der Bahn nach dem „Roten Platz“. Im Hintergrund das staatliche Warenhaus, an einer Seite eine der schönsten russischen Kirchen, dann der Kremel, ehemals ein Gebüde, hinter dessen Mauer sich die Schreden einer verstorbenen Zeit der Kulturschande abspielten, heute Ränder einer neuen Zeit, von der Mauer weht eine riesige rote Fahne, die nachts durch eigens hierzu eingerichtete Scheinwerfer beleuchtet wird. Dann das Grab Lenins im dunkelrot gehaltenen Gewölbe der Glasfarg, worin der große Führer liegt, als wäre er nur eingeschlafen. Hier geweiht zu haben, ist Erlebnis. Zu Tausenden kommen die Leute täglich von weit her gepilgert, den großen toten Führer zu sehen.

Die nächsten Tage waren dem Besuche der Textilfabriken reserviert. Keine Fabrik ohne einen muster-gültig eingerichteten Kinderhort für die dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Wandzeitungen, welche in keinem Betriebe fehlen, sorgen für Aufklärung, keine Fabrik ohne Bibliothek

für die Arbeiter, Leserräume, Arbeiterklubräume, in denen nie die sogenannte Lemnede fehlt, Sportplätze und Schwimmhallen, kurz, alle erdenklichen Einrichtungen, welche zu einer echten Arbeiterwohlfahrt gehören.

Auf Schritt und Tritt wird einem in den verschiedensten Formen durch alle nur erdenklichen Einrichtungen und Dinge vor Augen geführt, daß Sowjetrußland ein Staat ist, in dem Arbeiterwohlfahrt oberstes Gesetz ist.

Die Gewerkschaften versorgen außerdem auf großen Plätzen, auf denen von Zeit zu Zeit große Märkte stattfinden, mit sehr guter Literatur für den nach unseren Begriffen spottbilligen Durchschnittspreis von 15 Kopfen. Für nur wenige Kopfen erhalten die Arbeiter Karten zum Besuch der auf sehr hohem Können stehenden russischen Theater und Konzerte. Alle Arbeiter haben die Möglichkeit, sich auf Hochschulen fortzubilden.“

Das steht also ganz anders aus als der Bericht, den der „Arbeiterwille“ vom „Vorwärts“ übernommen hat.

## Mussolini mordet!

Die faschistische Regierung hat schon vor langer Zeit alle kommunistischen Abgeordneten verhaftet, da sie in der kommunistischen Bewegung den aktivsten Feind ihres Regimes fürchtet. Unter ihnen Genosse Antonio Gramsci. Schwer krank wurde er, in Ketten gefesselt, nach der Insel Ustica, wo verheerende Epidemien den Mauthelmord überflüssig machen, deportiert. Viele Genossen sind dort schon elend zugrunde gegangen. Die Insel Ustica hat aber Mussolinis Hoffnung auf ein baldiges Ende Gramscis nicht erfüllt und so ließ er ihn in einem Zellenwagen von Ustica nach Mailand vors Ausnahmsgericht schleppen, von wo nun der Welt bekannt wird, daß der Vielgemarterte vor dem Verhängern, vor dem Tode ist. So martert und mordet der Henker Mussolini!

## Aus dem Arbeiterleben

### Die Angleichung der Eisenbahnalttruhständler.

1923 war die große Abbauaktion, wo bei den Verhandlungen mit der Regierung zwischen dieser, der sozialdem. Partei und der Gewerkschaft den Abzubauenden 90 Proz. der Aktivitätsbezüge und zukünftige Erhöhungen zugesprochen wurden. Die älteren Bediensteten, speziell die Lokomotivführer, das Zugbegleitpersonal und das Verschubpersonal, welche teils durch Anrechnung der einundeinhalbfachen Dienstzeit oder durch im Dienste zugezogene Krankheit früh pensioniert wurden, sind nun seit dem Jahre 1924 um die versprochenen 90 Proz. und die Erhöhungen (Automatizität) betrogen worden. Ist es nicht staunenswert, zu beobachten, wie die Regierung mit Zustimmung der Großdeutschen ungehindert im Jahre 1924 die Automatizität beiseite ließ? Der sozialdem. Verband hat wohl 78 papierene Anträge eingebracht, die von der Regierung abgelehnt wurden. Hätte Lomskil nicht die Pflicht gehabt, die Aktiven aufzurufen zum Abwehrkampf? Hätte die sozialdem. Parteiführung nicht durch Obstruktion erkennen geben können, daß man die Regierung zu zwingen gewillt ist, ein gegebenes Versprechen nicht unter den Tisch fallen zu lassen? Man bedenke: im Sommer 1924 war der Wortbruch der Regierung, im Herbst desselben Jahres war der große Eisenbahnstreik. Den Aktiven und den nach dem 1. Jänner 1924 Abgebauten wurden 11 Märzbezüge zugesprochen. Auf die Alttruhständler hat die große Gewerkschaft auch damals vergessen. Die Kollegen von einst, die ersten im Kampfe für die Organisation, wurden im Stiche gelassen. Damals wurde den Alttruhständlern der zweite schwere Schlag

versetzt. Man hat vollkommen auf die Beträge vergessen, die diese Bediensteten, die aus dem Dienst geschwindelt wurden, an den Pensionsfond geleistet haben. Hätte die große Opposition im Nationalrat nicht die Pflicht gehabt, zu erklären, daß die ohnehin damals schon geplanten Tarifierhöhungen auch eine Verbesserung der Alttruhständler (Pensionen) zugelassen hätte? Beweis die zweimaligen Nachzahlungen für das Halbjahr 1925 an die Neupensionisten. Warum nicht gleiches Recht für alle? Im Sommer 1926 zuerst die Regierung ihr Wort zurück und im Herbst erklärte die Bundesbahn, nur an jene aus der gemeinsamen Pensionsklasse eine Erhöhung zu geben, die nach dem 1. Jänner 1924 abgebaut wurden. So wurde das Recht der Alttruhständler mit Füßen getreten. Leider haben wir jetzt die Gelegenheit, im Fachblatt der Eisenbahner zu erfahren, daß jetzt wieder Verhandlungen mit der Bundesbahn erfolgen. Die Unternehmerruhständler werden wieder etwas bekommen, für die Alttruhständler wird wieder kein Geld sein und so wird das Sprichwort: „Das Pferd, das den Hafer verdient, bekommt ihn nicht“ hier seine Befähigung finden.

H. Raßbauer.

### Wie die Großen, so die Kleinen!

In einem Betrieb des Boitsberger Reviers diskutierten mehrere Arbeiter über die Altersversorgung und andere politische Fragen. Zu ihnen gesellte sich ein sozialdem. Hauptvertrauensmann. Er rühmte sich, in der Arbeiterbewegung besonders große Leistungen vollbracht zu haben. So habe er z. B. in einer christlichsozialen Gemeinde eine Wählerversammlung abgehalten, wo er einem schwarzgelben Lehrer in scharfer Kritik gegenübergetreten ist. Nach der Versammlung, so rühmte er sich, wurde er vom schwarzgelben Lehrer zu einem gemeinsamen „Bierchen“ eingeladen. Diese Einladung, sagte er den Arbeitern, habe er angenommen. Für die zuhörenden Arbeiter war es aber sehr unverständlich, wie sich ein sozialdemokratischer Vertrauensmann mit einem schwarzgelben Lehrer zu einem gemeinsamen „Bierchen“ zusammensetzen kann. Einige Arbeiter sagten: „Die Großen im Parlament machen es auch so.“ Damit haben sie die Wahrheit gesagt.

H. Boitsberg.

### Hausherrngemeinheit.

Die P. L. Hausbesitzer werden immer frecher. Auf allen Ecken und Enden reißen sie ihr Maul immer weiter auf. Die Sekaturen werden immer größer. Kein Gesetz schützt die Parteien davor. Aus der Karlauerstraße 13 wird das neueste Exemplar bekannt. Dertzig, Hausbesitzer und Spirituosenhändler. Parteien erzählen von ihm, daß er ihnen das Bohnen mit allen möglichen und unmöglichen Schikanen sauer machen will. Eines zeichnet ihn besonders aus. Während der Mieterschred des 4. Bezirkes durch seine unglücklichen Prozesse selbst schon die dreimal fragliche Gestalt eines wandelnden Paragrafenzeichens angenommen hat und im Schlaf nur mehr in der Rolle des Klägers von jüchlerischen Träumen geplagt wird, ein anderer wieder auf die Kinder der Mieter mit Hundspießchen losgeht, dreifert unser neuestes Exemplar aus der Karlauerstraße seinen Hund gegen die Kinder. Nötigenfalls ist er aber auch imstande, seine Gehälte wie einen bissigen Köder auf die Parteien loszulassen. Das alles müssen sich die Mieter heute gefallen lassen, weil sie es verabsäumt haben, 1918 die Hausherrnbrut zum Teufel zu jagen.

### 3 mach nig umsonst!

In Febring ist vor kurzem ein Gemeindegemeinder gestorben. Die Gemeinde beriet, auf welche Kosten er begraben werden sollte. Es einigten sich endlich der Tischler, daß er den Sarg umsonst mache, der Totengräber, daß er umsonst das Loch schaufelt, der Metzger, daß er umsonst das Kreuz trägt; der Bierer aber sagte: „3 mach nig umsonst!“

**S. 4 fehlend**